



#berlin

INFOBRIEF VOM 24.01.2019

Ein verlorenes Jahr

Eine ernüchternde Bilanz hat der stellvertretende Vorsitzende der DJG Berlin, Ulf Melchert, zum Jahresende gezogen. Speziell die Personalvertretungen könnten 2018 als weiteres weitestgehend vergeudetes Jahr abhaken.

Obwohl die Mitbestimmungsgremien inzwischen in der Mitte ihrer aktuellen Wahlperiode stehen, habe sich an der zugespitzten Situation an Gerichten und Strafverfolgungsbehörden so gut wie nichts verändert. Im Gegenteil: Der Arbeitsdruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter scheint trotz weiterer Einstellungen von neuem Personal eher weiter zuzunehmen, ohne dass ein Ende absehbar wäre, kritisiert Melchert.

Arbeitsdruck wird durchgereicht

Zwar werde mit Umstrukturierungen versucht, den Arbeitsdruck „gerechter“ zu verteilen, der stellvertretenden DJG-Landesvorsitzende bezweifelt jedoch, dass dabei immer glückliche Entscheidungen getroffen werden. In viel zu vielen Bereichen werde der Druck nämlich einfach von oben nach unten durchgereicht, ohne dass die Behördenleitungen ihrer Verantwortung gerecht würden und die betroffenen Kolleginnen und Kollegen schützten.

Lediglich mit dem neuen Sicherheitsrahmenkonzept und der Qualifizierungsverordnung „QVO Just“ wurden im vergangenen Jahr langjährige Forderungen der DJG für den Justizwachtmeisterdienst erfüllt. Weiterhin keine Lösung gibt es dagegen in Sachen Sicherheitszulage für die Justizwachtmeister der Strafverfolgungsbehörden.

Hauptsächlich Versäumnisse

Überhaupt ist die Liste der Unterlassungssünden lang: Keine Fortschritte bei der Vertrauensarbeitszeit, die in der Landeshaushaltsordnung vorgeschriebenen Stellenbewertungen bleiben aus und weder Raumnot noch Nachwuchsmangel konnten behoben werden. Lediglich die Durchfallquoten bei der Laufbahnprüfung der RechtspflegerInnen steigen in ungeahnte Höhen. Alles KollegInnen, die dringend vor Ort gebraucht werden.

Melcherts Fazit:

„Es ist so gut wie nichts besser aber eine ganze Menge schlechter geworden“.